

(98/C 187/64)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-3659/97**von María Izquierdo Rojo (PSE) an die Kommission***(19. November 1997)**Betrifft:* Autofreie Städte

Hält die Kommission die Behauptung für angemessen, daß der „Verband der autofreien Städte“ und dessen Projekte „allein dem Zweck ständiger Reisen einiger seiner Verantwortlichen dienen“ und daß „diese Initiative auf unnütze kommunale Ausgaben hinausläuft, da sie lediglich einigen kommunalen Verantwortlichen eine einmalige Gelegenheit zu zahlreichen Reisen bietet und keine neuen Erkenntnisse bringt“?

Was meint die Kommission zu diesen Vorwürfen in Anbetracht der Tatsache, daß sie dem Ansehen schaden, über das diese Initiative bislang in der Stadt Granada verfügte?

Antwort von Frau Bjerregaard im Namen der Kommission*(23. Januar 1998)*

Das „Netzwerk autofreie Städte“ umfaßt etwa 60 Gebietskörperschaften in ganz Europa, die entschlossen sind, in Ballungsgebieten das Verkehrsaufkommen zu reduzieren und umweltfreundliche Verkehrsträger zu fördern. Dieses Netz, das von der Kommission mitfinanziert wird, unterstützt die Städte bei der Verwirklichung dieser Ziele, indem es sowohl auf technischer als auch auf politischer Ebene den Austausch von Erfahrungen und Know-how erleichtert, mögliche Wege zur Erreichung einer dauerhaft umweltgerechten Mobilität ausarbeitet und aufzeigt und für bewährte Verfahren wirbt. Im Rahmen dieser Aktivitäten ist von seiten der Kommunalvertreter eine gewisse Reisetätigkeit erforderlich. Den der Kommission vorliegenden Angaben zufolge waren 1997 weniger als 12% des für „autofreie Städte“ zur Verfügung stehenden Gesamthaushalts für Reise- und Aufenthaltskosten bestimmt.

Das „Netzwerk autofreie Städte“ will die für Mobilität im städtischen Bereich zuständigen Personen zusammenbringen. Dies ist die Hauptaufgabe der sechs Arbeitsgruppen, die sich mit wichtigen Fragen des städtischen Verkehrs beschäftigen. Die Arbeit der Arbeitsgruppen wird begleitet von weiteren Veranstaltungen, beispielsweise Seminaren und Konferenzen auf politischer wie auf technischer Ebene, an denen Vertreter von Gebietskörperschaften beteiligt sind.

Der Erfolg des Netzwerks zeigt sich an der großen Zahl der in Städten entwickelten Projekte. Hierbei handelt es sich entweder um die unmittelbare Folge des Austausches von Erfahrungen und Know-how oder um die Früchte der Zusammenarbeit von Mitgliedern des „Netzwerks autofreie Städte“. Dank des Netzwerks, das nunmehr regelmäßig mit der Kommission zusammenarbeitet, sind in folgenden Bereichen Erfolge zu verzeichnen: seltenere Benutzung privater Pkws, Verbesserung der Luftqualität, rationellere Energienutzung und verbesserte Lebensqualität in einer Reihe von Städten.

(98/C 187/65)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-3679/97**von Patricia McKenna (V) an den Rat***(19. November 1997)**Betrifft:* Staatliche Unterdrückung in Birma

Am 28. Oktober 1997 wurden mehrere Mitglieder der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) verhaftet, als sie versuchten, in einem Büro im Bezirk Mayangone in der Nähe der birmanischen Hauptstadt Rangun eine Sitzung abzuhalten. Die Aktivisten wollten sich mit ihrer Vorsitzenden Aung San Suu Kyi treffen, aber die Sicherheitskräfte errichteten Barrikaden, um ihnen so den Zugang zu ihr zu verwehren.

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Anfrage befinden sich acht der Festgenommenen immer noch in Haft. Von Menschenrechtsorganisationen wurde die Befürchtung geäußert, sie seien möglicherweise gefoltert worden.

Ist der Rat über diesen Vorfall unterrichtet? Was hat er unternommen? Wird er die wiederholten Vorfälle, bei denen friedliche Aktivitäten in Birma unterdrückt wurden, auf der nächsten EU/ASEAN-Tagung zur Sprache bringen? Wird der Rat bei weiteren Vorfällen dieser Art erneute Wirtschaftssanktionen gegen Birma in Erwägung ziehen?